

Nummer 163 — 23. Jahrgang
Anst. wöchentl. Bezugspreis: für Juli 2 R.-M. auschl.
Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Merk.
Preis: Die eingepreiste Beilage 20 S., f. Familien-
u. Vereinsanz., Besuche 20 S. Die Beilage-Beilage
89 mm breit, 1 A. Offertengelder für Selbstabholer
20 S., bei Uebernahme d. d. Post außerdem Porto-
zuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Pfennig.
Geschäftlicher Teil: Josef Höpmann, Dresden.

Mittwoch, den 16. Juli 1924
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung
auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u.
Reklame v. Schadenersatz. Für unbenutzte u. d. Fernort.
übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Anzeigen eingelaufen u. mit Rückporto
nicht verarbeitete Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.
Hauptschreiber: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verkaufsstelle der Sächsischen Volkszeitung: Ernst und Bertha, Sächsische Buchdruckerei, Dresden, Postfach 11, Postamtstraße 41, Fernamt 27722, Post-Telefon Dresden 14797. • Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben • Redaktion der Sächsischen Volkszeitung: Dresden, Postfach 11, Postamtstraße 41, Fernamt 27722, Post-Telefon Dresden 14797.

Schwierige Situationen

Die große und entscheidende Frage des Tages ist: Wird Deutschland die Möglichkeit haben, neben den wirtschaftlichen auch seine politischen Forderungen im Kampf um das Sachverständigenprotokoll durchzusetzen?

Nach der wirtschaftlichen Seite hin sind die Verhandlungen und Vorbereitungen so weit gediehen, daß man sich wohl der Erwartung hingeben kann, daß die Fragen eine, auch von unserer Interesse aus gebotene Lösung finden. Wir würden demgemäß wohl erwarten können, daß diejenigen Voraussetzungen die das Sachverständigenprotokoll selber anstellt, insbesondere die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit erfüllt werden. Es wird damit die Zollgrenze fallen müssen, die Währungsverträge werden erledigt sein, die Regierungen werden aufgegeben werden und auch die Regierungen selber wird verschwinden. Der letztere sind die Dinge so gedacht, daß schon vor der Gründung der neuen Gesellschaft die Uebergabe der jetzigen Regierungen zu erfolgen hat, und daß die Umwandlung in die neue deutsche Reichsbahn-Gesellschaft sich nach diesem Akt vollzieht.

Wider steht es indessen mit den politischen und militärischen Fragen. In bezug auf die Gesandenen und Ausgewiesenen ist inzwischen ja mancherlei geschehen, aber noch vieles bleibt zu tun übrig. Wir werden damit rechnen können, daß Amerika auch bei diesen Dingen sich für den deutschen Standpunkt verwenden wird. Aber nicht sicher, ja sehr fraglich ist, ob Amerika in der gleichen Weise Interesse für die Regelung der militärischen Dinge aufbringen wird. Der französische Standpunkt, auch nach Schaffung der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die rheinischen Bahnen gewissermaßen unter militärischer Kontrolle zu haben, etwa durch Einrichtung militärischer Linien-Kommandanturen oder ähnliches, wird sehr entschieden verfochten, und es ist nach allen Erfahrungen kaum anzunehmen, daß Amerika in solcher Angelegenheit auf Frankreich im Sinne der Verringerung dieser Auffassung einwirkt. Noch kritischer liegen die Dinge bezüglich der militärischen Räumung der Gebiete. Hier verhängt sich Frankreich hinter den Vorwand, daß ja diese Dinge schon im Bewilligen im gegenwärtigen Augenblick, und insbesondere im Zusammenhang mit dem Sachverständigenprotokoll nicht behandelt und gelöst werden können, weil ja dieses Protokoll selber alle militärischen Fragen gänzlich ausschaltet.

Man entsteht, politisch und parlamentarisch gesehen, wieder eine ungemein schwierige und scharf zugespitzte Situation. Auf der einen Seite bietet das Sachverständigenprotokoll zum ersten Mal eine feste Verhandlungsbasis mit der Gegenseite und es gibt die Möglichkeit, wenigstens wirtschaftlich in wichtigen Fragen vorwärts zu kommen. Wir haben mit diesem Protokoll die Aussicht, das Rheinland als Reparationsprovinz wieder zu betreten, unsere Währung und Wirtschaft zu heilen, und auf der Grundlage dieses Protokolls die unerlässlichen ausländischen Kredite für unsere gesamte Volkswirtschaft zu erlangen. Wird das Protokoll aus irgend einem Grunde nicht zur Durchführung kommen und als Verhandlungsbasis zur Lösung der Reparationsfrage ausscheiden, dann wird in demselben Augenblick unsere Welt vollständig zugrunde gehen, mit der Währungsstabilisierung wäre es vorbei und der Mangel an innerem Kapital im Zusammenhang mit dem Ausbleiben auswärtiger Geldzufuhr würde unsere Wirtschaft in kürzester Zeit zusammenbrechen lassen. Andererseits kommen wir politisch in die peinlichste Zwangslage, wenn wir vor die Entscheidung gestellt werden, dieses Protokoll anzunehmen, ohne daß zuvor eine bestimmte Garantie für die Regelung der militärischen Fragen, insbesondere der Räumung der Gebiete geschaffen ist. Wir wären wiederum darauf angewiesen, unsere Erwartungen nach den eigenen wirtschaftlichen Interessen der Gegenseite einzustellen. In der Tat dürften ja auch die Kreditgeber selber von dem Standpunkte der Sicherheit ihrer eingelebten Gelder mit starkem Nachdruck darauf hinwirken, daß keine politischen Bindungen zustande kommen oder Möglichkeiten offen gelassen werden, die wie bisher einem einzelnen Willkürherrn den Zugriff in die Vermögenssubstanzen des Reiches freistellen.

Darüber gibt es im deutschen Land gar keine Meinungsverschiedenheit, daß wir die Forderung der militärischen Räumung, der über den Versailler Vertrag hinaus besetzten Gebiete unter allen Umständen erheben und aufrechterhalten. Wenn es der Zweck des Sachverständigenprotokolls ist, wirklich wieder vertragmäßige Zustände herbeizuführen, dann ist es eine selbstverständliche Folge, daß alle daraus sich ergebenden Konsequenzen gezogen und in allen Teilen diese vertragmäßigen Verhältnisse wieder hergestellt werden. Wir müssen verlangen, daß die wenigen Rechte, die uns der Versailler Vertrag belassen hat, verbleiben, und das umso mehr, als wir ja durch die Annahme des Protokolls und bereitwillig haben, im Interesse einer wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems sogar Bindungen und Verpflichtungen auf uns zu nehmen, die nicht im Versailler Vertrag vorgesehen waren.

Die deutsche Goldnotenbank

Das fertige Projekt

Das Goldbankprojekt ist nunmehr endgültig fertiggestellt und bereits der Reparationskommission zugestellt worden. Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Delegierten Dr. Schacht und dem englischen Bankier Rinderknecht sind gütlich und vollkommen reibungslos verlaufen. Der deutsche Entwurf ist in seinen wesentlichen Punkten von Rinderknecht angenommen worden. Der Sitz der Bank wird in Weimar sein. Obwohl ihr große internationale Mittel zufließen werden, wird das Direktorium der Bank eine rein deutsche Behörde werden. Das Direktorium ist jedoch nicht befugt, irgendwelche Entscheidungen zu treffen ohne die Zustimmung des Generalrates, der aus 14 Mitgliedern besteht. Der Präsident des Generalrates wird ein Deutscher sein, und zwar ist hierfür der Reichsbankpräsident Dr. Schacht vorgesehen. Neu ist, daß die deutsche Goldnotenbank vollkommen unabhängig von der Reichsregierung ist. Die Kredite, die sie der Reichsregierung geben kann, gehen über hundert Millionen nicht hinaus. Allerdings erhalten Post und Eisenbahn, die bekanntlich mit dem Inkassofonds des Dawesplanes eine Art selbständige Aktiengesellschaft werden, Kredite in Höhe bis zu 200 Millionen Mark. Die neuen Aktien werden den Namen „Reichsmark-Aktien“ erhalten und bis zu zehn Goldmark hinunter gestuft werden. Daneben ist auch die Gold-, Silber- und Kupferprägung vorgesehen, und zwar in Werten von 1 Pfennig bis zu 5 Goldmark. Der gesamte Notenlauf wird sich auf etwa 15 Millionen Goldmark beschränken.

Mit der Schaffung der neuen Goldbank werden die Funktionen der Rentenbank aufgelassen. Die Ueberwachung des Umtausches der Rentenbankcheine in Goldnoten, ebenso die Abwicklung der der Industrie und dem Handel gewährten Rentenmarkkredite wird von der neuen Goldbank übernommen. Dagegen wird für die Besondere der landwirtschaftlichen Kredite, die bei der besonderen betrieblichen und wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft eines längeren Zeitraumes bedürfen, durch eine besondere Agrarbank durchgeführt, die in ihrer ganzen Konstruktion und Funktion der bisherigen Rentenbank gleichkommen wird.

Die kommende parlamentarische Arbeit

Wie uns unser Vertreter aus dem Reichstage mitteilt, ist kaum damit zu rechnen, daß der Reichstag am 22. Juli, wie anfänglich angenommen war, zusammentritt. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß der 28. Juli für das Wiederzusammentreten der Vollversammlung des Reichstages in Frage kommt.

Die Reichsregierung steht selbstverständlich in ununterbrochener Fühlungnahme mit den Parteiführern, die über jede einzelne Etappe in der jüngsten politischen Entwicklung auf dem Laufenden gehalten wurden. Auch weiterhin wird diese Fühlungnahme beibehalten, ja noch erheblich verstärkt, um über die mit der Londoner Konferenz in Zusammenhang stehenden Fragen jederzeit unterrichtet zu werden.

Eine Einladung an die deutsche Reichsregierung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz ist noch nicht erfolgt. Doch glaubt man in offiziellen Kreisen, daß, nachdem die Londoner Verhandlungen einige Tage gedauert haben und zunächst die Grundfragen unter den Alliierten selber besprochen worden sind, eine Hinzuziehung deutscher Vertreter gewünscht wird. Es wird von der Art und dem Charakter der Einladung abhängen, ob die Reichsregierung offizielle Vertreter, als welche unter Umständen neben dem Reichsaußenminister auch der Reichshausier selber in Frage kommt, oder ob nur Delegierte, mit besonderen Vollmachten ausgestattet, zu den Verhandlungen beordert werden.

Wie sich die parlamentarischen Geschäfte in der nächsten Zeit entwickeln, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen. Es würden jedenfalls die allergrößten Anstrengungen zu machen sein und es dürften sich auch nicht die leichten Schwierigkeiten vorausstellen, wenn der Reichstag bis zum 15. August seine Arbeiten beendigt haben soll. Da Mitte August die politische Stille einsetzt und zwar deshalb, weil erfahrungsgemäß in England von jenem Zeitpunkt ab keine politischen Aktionen mehr unternommen werden, müßte, wenn die aus dem Sachverständigenprotokoll sich ergebenden Angelegenheiten bis dahin nicht geregelt wären, leider damit gerechnet werden müssen, daß die Entscheidungen über diese Dinge erst im Spätherbst fallen würden.

Die Phasen der Londoner Konferenz

Eine Einladung Deutschlands in der nächsten Woche?

Drei Etappen

Paris, 15. Juli. Die Pariser Blätter haben im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Konferenz ihre bekanntesten Sonderkorrespondenten nach London entsandt. Diese machen ausführliche Angaben über die Vorbereitungen zur Konferenz und über das Arbeitsprogramm. Vertinax glaubt zu wissen, das Foreign Office stünde auf dem Standpunkt, daß die Konferenz in drei wesentlichen Phasen vor sich gehen werde. Zunächst würden die Führer der Delegationen zusammentreten. Ihnen zur Seite werden die vier Sachverständigenkommissionen, die juristische, die finanzielle, die militärische und die administrative treten. Nachdem eine erste Verständigung zwischen den Ministerpräsidenten erfolgt ist, werden die technischen Arbeiten von den Sachverständigen ausgeführt werden. Hierauf werden die Ministerpräsidenten zu neuen Besprechungen zusammentreten. Vertinax will von gutunterrichteter Seite wissen, daß die Londoner Konferenz kaum vor dem 10. oder 12. August zu Ende geführt werden kann.

London, 15. Juli. In gutunterrichteten Kreisen wird mit einer Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz im Laufe der nächsten Woche gerechnet. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Konferenz zunächst die Aufgabe hat, eine Einigung zwischen den Alliierten herbeizuführen.

London, 15. Juli. Man nimmt an, daß die Konferenz etwa vierzehn Tage dauern werde. Die Konferenz wird mit einer Ansprache Macdonalds eröffnet werden. In der ersten Sitzung wird das Programm der Konferenz festgelegt werden.

Die Abreise der französischen Delegierten

Paris, 15. Juli. (Trautberichts) Heute vormittag 10 Uhr ist die französische Delegation nach London abgereist. Entgegen früheren Meldungen gehören auch Laird, Dequaitte der Delegation nicht an. Der englische Vorkonferenzen, Lord Curzon, ist ebenfalls nach London abgereist. Während der Abwesenheit des französischen Kriegsministers Rollet, auf der Londoner Konferenz, wird der Marineminister Duménil die Geschäfte des Kriegsministeriums wahrnehmen.

Die morgen zusammentretende Konferenz ist die zweite in London stattfindende große internationale Besprechung, die sich mit dem Reparationsproblem beschäftigt. Man kann nicht gerade behaupten, daß die Wahl des Ortes eine gute Vorbereitungsentscheidung war, denn jene erste Londoner Konferenz steht uns allen noch in bitter Erinnerung. Tausende schloffen die Beratungen mit einem völligen Mißlingen. Die Forderung der Verbündeten, der Londoner Zahlungsplan, wurde Teufelsand in ultimativer Form überreicht. Deutschland zögerte; Matheson nannte dieses Ultimatum ein „zweites Versailles“ (eine Formel, die selber später ein wenig passender und in einer „Wollfellen-Gewebe“ nachsprach). Als aber die Alliierten Tüftelberg und Duisburg befehligten, unterdrückt man doch.

Das war im Mai 1921. Die drei unglücklich fräutigen und verhängnisvollen Jahre, die seit jener ersten Konferenz von London verstrichen sind, haben den Nachweis erbracht, daß der von den Alliierten diktierte Zahlungsplan nicht möglich ist. Weder in gütlicher Zusammenarbeit, wie sie von Vertinax angefordert wurde, noch unter dem Druck der Gewalt, mit der der Putsch an der Ruhr verhängt hat. Kein Delegierter wird darum auf der zweiten Londoner Konferenz sitzen, der noch mit

und nun entsteht die kritische, und wenn nicht alles klappt, alsbald sich sehr scharf zugespitzte Frage: Soll das Sachverständigenprotokoll angenommen werden, wenn über die militärischen und allgemeinpolitischen Dinge nicht vorher volle Klarheit geschaffen ist, oder soll auf die aus diesem Protokoll sich immerhin ergebenden wirtschaftlichen Vorteile verzichtet werden, bis auch die übrigen Fragen ihre Klärung gefunden haben?

Die Entscheidung über diese Frage wird zu den heftigsten innerpolitischen und parlamentarischen Kämpfen führen. Bei der Stellungnahme der Parteien zu ihr können sich die ernstesten Verwicklungen herausbilden, über deren Ausmaß und Einwirkung auf unsere gesamtpolitischen Verhältnisse wohl heute kaum im weitesten Kreise des Volkes die richtige Vorstellung besteht. Hier erheben sich nicht nur die Fragen einer Reichstagsauflösung, wenn die Regierung keine Mehrheit findet, sondern auch die Fragen, die aus einer Kabinets- und Regierungskrise, aber auch, wie in Weimar, aus einer großen parlamentarischen Krise erwachsen

können. Es könnte sehr leicht zu einem Zerfall der gegenwärtigen Regierungskoalition, ja auch zu einem Bruch innerhalb der Parteien kommen, und das müßte geschwehenfalls, wenn man das Sachverständigenprotokoll nicht schließlich preisgeben gedenkt, und damit das Mißlingen des sofortigen Zusammenbruchs unserer Währung und Wirtschaft auf sich zu nehmen bereit wäre, dazu führen, daß eine Partei für sich, oder in loser Verbindung mit einer anderen Partei die Fäden der Regierung ergreift. Wo all diesen Möglichkeiten, die sich aus der gegenwärtigen Besprechung der Dinge ergeben, müssen wir uns rechtzeitig auseinandersetzen. Denn das ist sicher, daß eine Regierung, der die Durchführung der von ihr mit Recht vertretenen politischen Forderungen, und die verlangte militärische Freigabe der widerrechtlich besetzten Gebiete nicht gelänge, keine Möglichkeit habe, auch gar nicht bereit sein würde, die Geschäfte weiterzuführen.

Diese Skizze der gegenwärtigen Situation zeigt jedenfalls, daß wir schwereren inneren Kämpfen entgegengehen.